

Haushaltsrede 2012

In erster Linie ist unser Haushalt geprägt durch eine deutliche **Erholung bei den Einnahmen**: Über 8 Mio. Euro werden mehr eingenommen. Das sind Steuern und allg. Zuweisungen, da sollte sich unser Haushalt doch eigentlich prächtig erholen.

Allerdings handelt es sich trotzdem noch nicht um den zitierten Silberstreif am Horizont. Denn wer nun sucht und eine entsprechende Reduktion unserer hohen Verschuldung zu findet hofft, wird bitter enttäuscht:

Die **geplante Schuldenreduktion** liegt leider nur bei 1,1 Mio. Euro. Wir bleiben also immer noch auf einem Berg von 46 Mio. Euro und zahlen unsere 2,3 Mio. Zinsen pro Jahr. Neuerdings – unser Kämmerer liefert ja immer noch aktuellere Zahlen, wir kommen kaum mit – stellt es sich immerhin ein wenig besser dar.

Was der OB bemängelt in seiner HH-Rede:

„Dass Regierungen bei besserem Steueraufkommen den Ehrgeiz erlahmen lassen, den Rotstift anzusetzen und strukturelle Kürzungen vorzunehmen.“

Das ist original OB in Richtung Landes- und Bundesregierung – und gilt leider genauso hier für unsere Stadt.

Bei uns gibt es nicht nur kaum Einsparungen, dafür in ganz vielen Bereich deutliche Mehrausgaben. Und das angesichts der klaren Aussicht, dass die deutlichen Steuer-Mehreinnahmen 2010 / 2011 ab 2013 kaum eine Fortsetzung finden können.

Zum Teil sind diese Mehrausgaben berechtigt, es besteht tatsächlich Nachholbedarf.

Andererseits ist es fast tragisch, dass nun im Jahr der Erholung nur so **eine minimale Reduktion des Schuldenstands** eintritt. Noch immer besteht die Forderung, die Gemeinderat und Stadt sich selbst gestellt haben: 3,5 Mio. Euro pro Jahr sollten eingespart werden, das hat die Haushaltsstrukturkommission versprochen. Herausgekommen ist lediglich eine Ersparnis von höchstens 1,5 Mio. Euro – hauptsächlich durch die Abgabe des Jugendamtes, das schmerzt, aber bringt 700 000 Euro im Jahr.

Nicht einmal eine ordentliche Abrechnung dieses sogenannten Haushaltskonsolidierungskonzeptes gibt es. Auf 15 Seiten extra im Haushaltsplan werden viele Tabellen vorgestellt, aber keine echte Dokumentation, die nachvollziehbar alles zusammenzählt. Wir fragen uns, wie das RP damit zufrieden sein kann. Wir sind es jedenfalls nicht und erwarten weitere Einsparungen.

Stattdessen sind allein im Verwaltungshaushalt sind die folgenden Mehrausgaben leicht zu finden:

Zuführung z. VMH	2,8
Gebäudeunterhaltung	0,2
Betriebsaufwendungen	0,2
Geschäftsausgaben	0,1
Zuschüsse an Vereine	0,5
Zuschüsse ÖPNV	0,1
SUMME ca.	4,0

Auch die restlichen Mehrausgaben werden z.T. wirklich gebraucht, wir behaupten ja nicht, dass hier groß verschwendet wird. Vor allem die Mehrausgaben im Bereich der Kinderbetreuung tragen wir natürlich mit, zumal es hier nachweislich großen Bedarf gibt: Erst 25% der U-3 Kinder sind versorgt, wir brauchen aber schon im kommenden Jahr 34%! Da sind wir natürlich froh, dass die Kommunen zusätzliche Mittel vom Land bekommen, immerhin sind das über 1,6 Mio. Euro mehr für die U3-Betreuung, für uns und für die nichtstädtischen Einrichtungen. **Der Verbleib dieser Mittel sollte uns aber bitte noch mal aufgeschlüsselt werden. Nicht dass wir an dieser Stelle misstrauisch wären, aber hier fehlt in den schönen neuen Tabellen der Überblick.**

Wir sind froh, dass unser Antrag vom letzten Jahr zur **Unterstützung der Tagesmütter** greift. Die Verwaltung hat daraus ja Pauschalierungen gemacht von jeweils 40 Euro für die Tagespflege und die Eltern– keine schlechte Lösung. Tatsächlich haben alle Weinheimer Tagesmütter inzwischen diese pauschalierte Unterstützung beantragt. Das ist einfacher als Stundenabrechnungen, erspart den Tagesmüttern und unserer Verwaltung viel Arbeit. Vor allem haben wir dadurch die berechtigte Hoffnung, dass unser Betreuungsangebot nun wachsen wird.

Wir unterstützen auch die leicht gestiegene **Gebäudeunterhaltung**. Da gibt es vor allem für energetische Sanierungen erheblichen Nachholbedarf.

Wir haben derzeit die **externe Beratung** laufen, die uns sicherlich bald vernünftige Vorschläge zur besseren Effizienz in der Verwaltung machen wird. Damit auch bald schon nachhaltige Verbesserungen eintreten, soll noch in diesem Haushaltsjahr ein „**Mindesteffekt**“ spürbar sein. Manch einer, der gleich eine Mio. an Minderung fordert, mag den Betrag von 100 000 Euro als zu mickrig und nur symbolisch ansehen, angesichts der riesigen Schulden ist das auch richtig. Es geht aber darum, dass wir uns hier verpflichten sollten, uns als GR und auch die Verwaltung, schon in diesem Jahr einen zumindest ersten Effekt der externen Beratung zu erleben, **sozusagen als kleine Weiterführung der Haushaltskonsolidierung, mit der wir bisher nicht zufrieden sein können.** Wir setzen daher große Hoffnung auf die Berichte der externen Beratung und deren Empfehlungen mit hoffentlich guten Einsparmöglichkeiten.

Angesichts des Schuldenberges und vor allem angesichts des riesigen Ausgabenberges in den beiden kommenden Jahren dürfte so eine kleine Einsparung allerdings nicht ausreichen. Denn es kommen größere Summen auf uns zu, vor allem im Bereich des Öffentlichen Verkehrs und für die Kinderbetreuung.

Wir brauchen also auch bessere Einnahmen.

Schön, dass die **Gewerbsteuer** steigen soll in diesem Jahr, sogar 20 statt bisher 18 Mio. Euro sind angepeilt. Wir sind gespannt. Aber das soll ja nicht genügen, obwohl wir laut Vergleich in der Region gar nicht so schlecht dastehen. Mit 412 Euro pro

Einwohner könnte man sich eigentlich zufrieden geben – hätten wir nicht den hohen Schuldenstand und die großen Ausgaben 2013 und 2014.

Den **Hebesatz** erhöht haben für 2011 bereits Mosbach, Leimen, Schwetzingen und Sinsheim, die liegen jetzt bei 370. V.H. Da sollten wir jetzt auch hin, daher unser Antrag, der heute oder in den kommenden Monaten zu behandeln ist. Haushaltswirksam sollte er jedenfalls zum 1.1.2013 werden.

Mannheim hat den Hebesatz übrigens Mitte Dezember 2011 erhöht: von 415 auf 430 v.H. Gültig schon zum 1.1.2012.

Wenn wir uns also einreihen in die Hebesatzerhöher vom vergangenen und vorvergangenen Jahr, sind wir immer noch günstig für die Firmen. Unser sanfter Vorschlag daher: Erhöhung um 20 Prozentpunkte, von jetzt 350 V.H. auf 370 v.H.. Diese maßvolle Gewerbesteuererhöhung ist notwendig wegen unserer hohen Verschuldung und gut zu vertreten, weil wir gerade ab 2013 und 2014 hohe Ausgaben haben werden für Infrastrukturen im Bahnbereich und für die Kinderbetreuung. Kommen werden der ZOB, die neuen Buslinien, hoffentlich auch bald die S-Bahn und sicher auch der LüSa-Kiga. All das kommt auch den hier ansässigen oder ansiedlungswilligen Betrieben zu Gute. Die Weinheimer BürgerInnen haben durch die Erhöhung der Grundsteuer A haben bereits einen guten Beitrag geleistet.

Manche versprechen sich ja von einem **Zubetonieren von Ackerflächen** eine bessere Gewerbesteuereinnahme. Wir wissen aber, dass gerade große Firmen, die viel Fläche verbrauchen, aber hier nur wenige oder auch schlecht bezahlte Arbeitskräfte beschäftigen, vergleichsweise wenig Gewerbesteuer zahlen, weil die sich nach der Lohnsumme der hier Beschäftigten richtet. Zumal neue Baugebiete häufig nur auf den ersten Blick auch mehr Geld bringen. Es gibt Studien des Deutschen Instituts für Urbanistik, wonach neue Baugebiete den Gemeinden bringen sogar eher finanzielle Verluste bringen. Wegen der notwendigen Infrastruktur, die ja nicht nur anfangs erbracht wird, sondern auch erhalten werden muss. Eigentlich logisch, denn würden große Baugebiete auf Dauer Geld bringen, müssten große Städte ja reicher sein als kleine. Bekanntlich ist das Gegenteil der Fall.

Und wir wissen, dass eine Stadt, die ihre Attraktivität durch **eine zugebaute Landschaft** verliert, auch keine neuen Familien hierher lockt, die zwar keine Idylle erwarten, aber doch eine landschaftlich reizvolle Umgebung. Aber das Thema Breitwiesen ist ja heute nicht dran. Nur noch so viel: Wir sind überzeugt, dass der Flächenfraß und das angeblich notwendige Wachstum für Weinheim keine Ziele sein können. Wir brauchen wie überall qualitatives Wachstum, aber das ist mühsame Kleinarbeit. Dazu gehört die Entwicklung und Vermarktung der vorhandenen kleineren und mittleren Gewerbeflächen, und es gehört das Erschließen neuer Erwerbsfelder dazu. Hier will ich mal ein Beispiel dafür ausführen:

Es gibt etwas Neues von der LUBW (Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz BaWü): Ein **Windatlas für Baden-Württemberg**, der auch für unsere Gemarkung 5 -6 mögliche Standorte ausmacht, die für die **Nutzung der Windkraft** evtl. geeignet wären, zumindest von der mittleren Windgeschwindigkeit her. Natürlich sind das die Kuppen der oberen Bergstraßenhöhen und auch dahinter, im unserem Odenwaldbereich. Wir schauen uns diese Kuppen derzeit genau an, wir halten nicht automatisch jeden Standort für passend, schließlich gibt es auch den Landschaftsaspekt zu berücksichtigen, den Naturschutz, die Naherholung und

sonstige Aspekte der genauen Örtlichkeit. Es finden sich aber sicherlich geeignete Standorte für Anlagen, ebenso wie sich auch Investoren oder eben eine Investorengemeinschaft finden wird. Auch Bürgeranlagen mit der Beteiligungsmöglichkeit für viele Weinheimerinnen und Weinheimer wären nicht nur ein toller Beitrag zur Ergänzung unserer heimischen regenerativen Energie. Das wäre auch eine willkommene und ökologisch verträgliche Quelle für zusätzliche städtische Einnahmen. Denn eine Windkraftanlage oder auch 2, 3 oder 4 z. B. auf der Höhe im Bereich Saukopf oder nördlich des Hirschkopfs oder auch östlich der Bergstraßenhänge – das ist derzeit nur sehr ungefähr anzugeben – könnte uns dreifach Geld bescheren: Erstens in Form von Gewerbesteuern – und nicht zu knapp! -, dann durch Verpachtung, falls es sich um städtisches Gelände handelt und schließlich durch den Stromverkauf selbst, falls nämlich unsere Stadtwerke hier selbst als Investor und Betreiber einsteigen.

Jetzt, da baden-württembergische Kommunen hier aktiv werden können und auch bald sollten, legen etliche Schwarzwaldgemeinden schon ganz ungeduldig los und wollen Vorranggebiete für Windkraft ausweisen, eben wegen der guten kommunalen Verdienstmöglichkeiten. Auch wir sollten uns vorbereiten auf das neue Landesplanungsgesetz, das uns noch in diesem Jahr gute Möglichkeiten bieten wird. Wir freuen uns, dass auch unsere Verwaltung bereits unvoreingenommen prüft und dabei viele Gesichtspunkte abwägt.

Wir brauchen solche Zuverdienste, die ja auch noch energetisch höchst sinnvoll sind. Wir brauchen sie auch angesichts der wieder einmal erhöhten Kosten, die uns die Bahn einfach so abverlangt, neuerdings für den Lärmschutz und Bahnsteig am Haltepunkt Lützelsachsen. Wir brauchen Einnahmen für Streitigkeiten mit der Familienheim, die uns nachweislich um viele 10 Tausend Euro betrogen hat und sich nun stur stellt. Wir dürfen uns das nicht gefallen lassen, sonst werden wir nur noch übers Ohr gehauen, das können wir uns nicht leisten. Und wir brauchen solide Einnahmen, weil leider nicht alle Gewerbesteuerzahler auch solide ihren Pflichten nachkommen.

Und wir brauchen solide Einnahmen weil auch der 2012er Haushalt mal wieder aufgehübscht wird mit **unsicheren Einnahmen**: Der Einzelplan 8 im Verm. Haushalt (VH) fasst die **Erlöse aus Grundstücksverkäufen** etc. zusammen. Interessant: Im Jahr 2010 war ein Überschuss im Grundstücksbereich von 2,5 Mio. Euro geplant, herausgekommen sind aber nur 0,9 Mio. Das liegt daran, dass Grundstücke in LÜSa Ebene 2010 nicht verkauft wurden, geplant war die Einnahme von 1,7 Mio. Euro. Die sollen jetzt komplett in 2012 eingenommen werden. Aber auch das ist unsicher. Zumal Einnahmen aus Grundstücksverkäufen keine dauerhaften Geldquellen sein können. Wir sind an unseren Grenzen angekommen und sollten dies endlich einmal akzeptieren.

Was die **Tartanlaufbahn im Sepp-Herberger-Stadion** angeht, so ist allen klar, dass nach 26 Jahren eine gründliche Sanierung notwendig ist, und zwar für den Schulsport, den Breiten- und Leistungssport. Für die notwendigen Arbeiten liegen jetzt Kostenschätzungen vor, die eine gute Entscheidungsgrundlage darstellen. Glücklicherweise haben wir von einem Fachmann bestätigt bekommen, dass die Laufbahn trotz ihres hohen Alters noch in einem guten Zustand ist. Eine unmittelbare Dringlichkeit, gar eine Alternativlosigkeit zur sofortigen Grundsanierung besteht nicht. Wir möchten deshalb in Anbetracht der Haushaltslage dafür werben, dass die Laufbahn in diesem und dem nächsten Jahr noch mit den vorgesehenen Mitteln ausgebessert wird und wir eine Grundsanierung für 2014 planen.

Weinheim ist zu Recht stolz auf seine **Schulen und die ganze Bildungskette**, was zusammen mit den Kreiseinrichtungen einen sehr ordentlichen Schulstandort ergibt. Längst vergangen allerdings sind die Zeiten, als noch in den 80ern die Schulsozialarbeit und die schulpsychologische Betreuung zumindest an der hiesigen Gesamtschule mit bis zu 5 Vollzeitstellen an einem Schulstandort wirken konnten. Das ist kontinuierlich abgebaut worden und wird schmerzlich vermisst, zumal die Lehrerschaft oder auch päd. Assistenten **den wachsenden sozialpädagogischen Bedarf** nicht auffangen kann, der sich durch veränderte Familienstrukturen auftut.

Wir machen in Weinheim den Bedarf aus von mindesten drei Stellen, die jeweils an Schulen verortet sein müssen, wie dies auch in der vorab bekannten ministeriellen Erläuterung dargestellt ist. Die weitere Konzeption sollte die Vernetzung mit den weiteren Akteuren unseres Bildungsstandortes darstellen. Wir sind sicher, dass Weinheim sich da konzeptionell gut aufstellen kann und erbiten Zustimmung zu unserem Antrag, der sich mit dem SPD-Antrag zur Deckung bringen lässt. Eine baldige Antragstellung sichert uns dann auch die vom Land ausgelobten Zuschüsse, die wohlgerne auf Dauer fließen werden, ebenso wie die U3-Kinder-Förderung. Das ist doch mal ein Lichtblick nach den ganzen gutgemeinten Anschubfinanzierungen.

Wir hatten uns sehr über unsere **Gleichstellungsbeauftragte** gefreut, die in ihrer kurzen Zeit hier bei uns schon vieles weitergeführt und auch neu eingefädelt hat. Ihr Weggang hinterlässt eine schmerzliche Lücke, die wir bald füllen müssen, und zwar so, dass einer neuen ChGB eine bessere Basis geboten wird, damit sie auch bleiben kann, ohne in eine Zukunft in Altersarmut blicken zu müssen. Daher begrüßen wir den SPD-Antrag und hoffen auf breite Zustimmung. Zu denken geben sollte uns, dass A. Raquet bald eine Stelle antreten wird mit 75 statt 50 Prozent der Arbeitszeit inklusive einer Verbesserung von 2 Gehaltsstufen.

Größere Planungen kommen wegen unserer mangelnden Finanzkraft nur langsam voran. Das ist aber nicht der einzige Grund, warum wir einverstanden sind mit den Moderationspressen zur **Hallensituation in den Ortsteilen** und zur **Schulentwicklung in der Weststadt**. In beiden Fällen ist so ein moderierter Prozess jeweils sinnvoll: Wir befinden uns weit im Vorfeld vor Gemeinderatsentscheidungen, wir wollen uns von Bürgern unterschiedlicher Ansicht beraten lassen und bilden uns selber auf diesem Weg eine Meinung. Dabei ist es nicht allen rechtzumachen, aber in etlichen Diskussionen können sich doch bessere Entscheidungen finden lassen, die dann auch breit zu tragen sind. Für die Weststadt sind wir da auch positiv gestimmt, die Hallen in den Ortteilen sind als Gesamtthema schwieriger zu vermitteln. Wir bitten hier Verwaltung und Gemeinderat trotzdem, die Moderation in Gang zu setzen, nur so lässt sich vielleicht vermitteln, wie Eigeninitiative und Eigenleistung aussehen könnte, die nicht nur immer fordert.

Zum Schluss möchte ich noch darauf aufmerksam machen, dass unsere Haushaltsreden hier nicht allzu viel Beachtung finden in der Bürgerschaft. Tiefgreifende Beschlüsse hingegen, die z.B. unseren Standort, unsere Landschaft oder unsere Schulen betreffen, werden sehr kritisch begleitet. Das deutliche **Bedürfnis nach bürgerschaftlichem Engagement** ist allerdings nicht einfach mit den alten oder etwas aufgebesserten Mechanismen zu befriedigen. BürgerInnen wollen nicht nur mitreden oder ihre Meinungen abgeben. Sie wollen in verstärktem Maße ernsthaft insbesondere in weitreichende Entscheidungen miteinbezogen

werden. Das ist weit mehr als nur das Vortragen der üblichen Anregungen und Bedenken, die dann kompakt und bedenkenlos abgewogen werden können. Und sie wollen in der ganzen Breite einbezogen werden, nicht als ausgelostes kleines Häuflein, wo dann erst mal lauter Absagen kommen, weil kaum jemand sein Wochenende mit externen Moderatoren verbringen möchte, um sich zum mündigen Bürger schulen zu lassen.

Zum **Thema Bürgerbeteiligung** sollte ja schon länger mal eine Klausurtagung stattfinden. Ich glaube, das ist kaum noch notwendig: Bürgerinnen und Bürger ergreifen inzwischen selbst das Wort, und wir sollten zunächst mal ernsthaft zuhören. Dann aber auch Entscheidungen durch die Bürgerschaft zulassen, wo sie gefordert werden. Und Mitsprache fördern und auch fordern, wie das beim Moderationsprozess für die Schulen in der Weststadt der Fall ist. Wir brauchen auch keine Klausurtagung mehr, Die Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich ja schon und wir sollten das nicht ignorieren, sondern uns auf ein **learning by doing** einstellen.

Zurück zum Haushalt: Angesichts der geringen Verbesserungen und auch angesichts der Tatsache, dass keine unnötigen Großprojekte angegangen werden, verlagert sich unsere Hoffnung auf das laufende und das kommende Jahr. Da muss mehr Nachhaltigkeit rein, mehr Sparen, u.a. durch die Verbesserungen nach dem Umsetzen von Vorschlägen der externen Beratung und auch durch eine sanfte Anhebung der Gewerbesteuer, beides im Laufe dieses Jahres zu beschließen.

Daher befinden wir uns in einer für uns neuen Situation: bei aller Kritik - diesen Haushalt können wir nicht ablehnen. Aber Vorsicht: Grade weil wir ihn **diesmal akzeptieren**, heißt das für das kommende Jahr, dass wir dann noch wachsamer auf Korrekturen achten werden.